

Herr Köhler erklärte, dass er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde. Die einzelnen Regelungen der Satzung seien ihm – auch nach den Ausführungen von Herrn Lübken im Rahmen der Einwohnerfragestunde – nicht verständlich. Er bemängelte, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses die einzelnen Tabellen zur Beitragserhebung zwar detailliert vorgestellt worden seien; aus organisatorischen Gründen sei es jedoch der Verwaltung nicht möglich gewesen, diese Unterlagen auch den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Da es sich hier nicht nur um einen Einzelfall handle, bat er darum, künftig entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Herr Knülle erklärte, die SPD-Fraktion habe sich in den bisherigen Beratungen für die Umsetzung der Variante 1 eingesetzt, bei der für Geschwisterkinder keine Gebühr zu entrichten sei. Dies sei jahrelanges Anliegen der SPD-Fraktion. Im vergangenen Jahr habe sich die SPD-Fraktion gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge ausgesprochen. Seitens des Kämmerers sei in den Beratungen des Jugendhilfeausschusses zugesagt worden, in Gesprächen mit dem Landrat alles daran zu setzen, damit die Variante 1 im nächsten Jahr umgesetzt werden könne. Daher könne die SPD-Fraktion dem jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen. Er betonte, dass politisches Ziel der SPD-Fraktion im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten die sukzessive Entlastung der Eltern bis zur vollständigen Gebührenfreiheit sei.

Frau Bergmann-Gries führte aus, dass sich ihr der Begriff der „freiwilligen Leistung“ vor dem Hintergrund der Wichtigkeit von Kindern in der Gesellschaft nicht erschließe. Herr Lübken teilte hierzu mit, dass es Bestreben der Verwaltung sei, die Auslegung des Begriffs der „freiwilligen Leistungen“ dem Landrat dahin gehend vorzutragen, um im nächsten Jahr eine Umsetzung der Variante 1 vornehmen zu können.

Herrn Schäfer erklärte, ihm sei die Staffelung, die prozentuale Erhöhung und zusätzliche Belastung der Eltern nicht transparent genug. Zudem halte er den zur Entscheidung anstehenden Vorschlag für ein familienpolitisch falsches Signal. Daher werde er sich ebenfalls bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Wagner, seine Fraktion könne auf Grund der Vorberatungen in den Fachausschüssen und der Ausführungen von Herrn Lübken dem Beschlussvorschlag folgen. Er hoffe, dass in absehbarer Zeit weitere Verbesserungen für die Eltern erreicht werden können.

Herr Metz dankte dem Stadtelternrat für die intensive Beschäftigung mit dieser Angelegenheit. Er begrüßte die jetzt vorliegende Geschwisterregelung, die er als schlüssig ansehe. Auch er hoffe, dass es im kommenden Jahr zu einer Entlastung der Eltern komme.

Frau Jung erklärte für die FDP-Fraktion, dass ihre Fraktion dem jetzt unterbreiteten Vorschlag zustimmen werde. Dabei werde die Option für weitere Verbesserungen im Auge behalten.

Frau Roitzheim dankte der Verwaltung für die geleistete Vorarbeit. Vor dem Hintergrund der bereits zitierten Zusage von Herrn Lehmacher im Jugendhilfeausschuss könne dem Vorschlag zugestimmt werden.

Herr Köhler erklärte als Zielsetzung, dass für den Besuch von Kindergärten – wie für den Schulbesuch - keine Gebührenerhebung erfolgen dürfe.

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss: